

## **Nr. 19/204**

### **Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 1. Dezember 2015  
(Drucksache [19/186](#))  
2. Lesung
2. Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft – Änderung der Verhaltensregeln für Abgeordnete für mehr Transparenz bei entgeltlichen Tätigkeiten außerhalb des ausgeübten Berufes  
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 17. November 2015  
(Drucksache [19/146](#))
3. Transparenz bei Nebenverdiensten schaffen  
Antrag der Fraktion der FDP  
vom 8. Dezember 2015  
(Drucksache [19/215](#))
4. Verhaltensregeln für Abgeordnete  
Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses  
vom 8. Februar 2016  
(Drucksache [19/263](#))

## **Nr. 19/205**

### **Aktuelle Stunde**

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

**„Land unter an den Schulen – Forderungen der Bremer Schulleitungen schnell umsetzen“.**

## **Nr. 19/206**

### **Konsensliste**

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 22. Februar 2016

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Modellprojekt leichte Sprache starten!  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 16. Dezember 2015  
(Drucksache [19/226](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Vorstand der Bremischen Bürgerschaft.

2. Gesetz zur Änderung des Bremischen Hafenbetriebsgesetzes  
Mitteilung des Senats vom 22. Dezember 2015  
(Drucksache [19/228](#))  
2. Lesung  
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.
3. Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände  
Mitteilung des Senats vom 22. Dezember 2015  
(Drucksache [19/229](#))  
2. Lesung  
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.
4. Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Landesjugendhilfeausschusses  
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete  
  
Julie K o h l r a u s c h  
  
anstelle von Herrn Tim Abitzsch zum Mitglied und den Abgeordneten  
  
Dr. Magnus B u h l e r t  
  
anstelle der Abgeordneten Julie Kohlrausch zum stellvertretenden Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses.
5. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren beim Bürgerantrag  
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, DIE LINKE und der FDP  
vom 21. Januar 2016  
(Drucksache [19/254](#))  
1. Lesung  
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
6. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen  
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete  
  
Sina D e r t w i n k e l  
  
zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen.
7. Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 6  
vom 12. Februar 2016  
(Drucksache [19/273](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.
8. Gesetz zur Änderung des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes – Bundesweite Standards im Brandschutz in beiden Stadtgemeinden einhalten und absichern  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 16. Februar 2016  
(Drucksache [19/287](#))  
1. Lesung  
Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist den Gesetzesantrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres.

## Nr. 19/207

### **Faire Wettbewerbsbedingungen für heimische Stahlindustrie sichern!**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 12. Februar 2016  
(Drucksache [19/272](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## Nr. 19/208

### **Bremische Stahlindustrie stärken und sichern**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 16. Februar 2016  
(Drucksache [19/278](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

Seit dem Jahr 2004 wird in der Europäischen Union kein Einfuhrzoll mehr auf Stahlimporte erhoben. Frei von tarifären und nicht tarifären Handelshemmnissen ist der EU-Stahlmarkt der weltweit offenste für Importe aus Drittstaaten.

Zahlreiche Weltregionen reagieren auf das Exportwachstum Chinas mit protektionistischen Maßnahmen wie Zertifizierungspflichten, „Buy National“-Klauseln oder sogar Schutzklauselverfahren. Gleichzeitig wird versucht, durch absatzfördernde Maßnahmen oder Exportverbote für Rohstoffe der heimischen Industrie Vorteile zu verschaffen. In der Folge werden zusätzlich Importe in die wenigen offenen Märkte umgeleitet.

Die Bürgerschaft (Landtag) wendet sich nicht gegen Importe an sich. Die Bürgerschaft (Landtag) erkennt an, dass faire Handelsbedingungen die Voraussetzung für freien Handel sind und sieht Protektionismus in vielen Fällen kritisch. Der Wettbewerb muss WTO-konform ausgetragen werden, da selbst die wettbewerbsstärksten Unternehmen auf Dauer nicht gegen Anbieter konkurrieren können, die mit staatlicher Unterstützung und wider marktwirtschaftlichen Prinzipien operieren können.

Die OECD hat auf ihrer jüngsten Stahlausschuss-Sitzung Ende November 2015 festgestellt, dass allein Europa und Japan in den letzten drei Jahren auf die sinkende Stahlnachfrage mit dem Abbau von Kapazitäten reagiert haben.

In China sind hingegen im selben Zeitraum trotz einbrechender Nachfrage die Kapazitäten mit staatlicher Hilfe um 60 Millionen Tonnen weiter ausgebaut worden. Ein Ende des Kapazitätsaufbaus sagen die Stahlexperten erst für die Zeit nach 2017 voraus. Selbst der chinesische Stahlverband CISA geht inzwischen davon aus, dass es noch mehr als zehn Jahre dauern wird, die Überkapazitäten auf ein halbwegs verträgliches Niveau zu reduzieren.

Abwehrmöglichkeiten gegen unfaire Einfuhren bietet in Europa allein das EU-Handelsrecht. Das gesetzlich verankerte Instrumentarium ist jedoch im Vergleich zu anderen Weltregionen deutlich ineffizienter und schwerfälliger. Erst bei Nachweis einer erheblichen Schädigung über mindestens ein Jahr werden Klageverfahren von EU-Behörden überhaupt akzeptiert. So dauert es in Europa mehr als 20 Monate, bis die heimische Industrie einen adäquaten Schutz vor unfairen Importen erhält; mehr als doppelt so lange wie zum Beispiel in den USA.

Die Bürgerschaft (Landtag) erkennt die erhöhte Aufmerksamkeit der EU-Mitgliedsstaaten hinsichtlich des EU-Stahlmarktes an, die in der Einberufung einer Sondersitzung des Rates „Wettbewerbsfähigkeit“ am 9. November 2015 zur Lage der Stahlindustrie und in der Aussprache zur Stahlindustrie im Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ am 27. November 2015 deutlich wird.

Die Bürgerschaft (Landtag) erkennt das kontinuierliche Bestreben des Europäischen Parlaments an, das in mehreren Entschlüssen, die jüngste vom 16. Dezember 2015, eine entschlossene Politik zum Schutz und zur Entwicklung einer nachhaltigen Stahlindustrie in Europa gefordert hat.

Das aktuelle EU-Handelsschutzrecht geht auf das Jahr 1995 zurück. Seitdem haben sich die EU-Handelsbeziehungen mit Drittländern wesentlich geändert. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass die notwendige Reform der Handelschutzinstrumente in der EU noch nicht erfolgt ist, da der Gesetzgebungsvorschlag zur Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente bei der Beratung im Ministerrat der EU zum Stillstand gekommen ist, während das Europäische Parlament sich entschieden für strengere Maßnahmen gegen unlautere Einfuhren aus Drittländern eingesetzt hat und seine Haltung zur Gesetzgebung in der ersten Lesung bereits am 5. Februar 2014 beschlossen hatte.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- sich für den Erhalt einer starken Grundstoffindustrie als wichtiges Element der industriellen Wertschöpfungsketten einzusetzen.
- eine konsequente Nutzung der handelspolitischen Schutzinstrumente und ihre beschleunigte Anwendung zu unterstützen.
- sich für einen umfassenden und frühzeitigen Gebrauch von Maßnahmen zur Bekämpfung von Subventionen und Anti-Dumping-Fällen einzusetzen, auch bevor bereits ein Schaden aufgrund unfairer Praktiken für einzelne Industriezweige unumkehrbar ist und gleichzeitig die Beweislage dies rechtfertigt.
- im Bundesrat der „Entschließung des Bundesrates zum Erhalt des Vertrauensschutzes bei bestehenden Anlagen zur industriellen Erzeugung von Eigenstrom“ der Länder Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen (Drs. 34/16) in der Fassung des Änderungsantrags des Saarlandes beizutreten.
- ArcelorMittal seine Unterstützung bei der Vernetzung und Kooperation mit den relevanten Akteuren aus Forschung und Wissenschaft anzubieten, um innovative Prozesse, z. B. zur Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz sowie zur Prozessoptimierung in der Produktion im Stahlwerk Bremen, zu nutzen.

## Nr. 19/209

### **Nein heißt Nein! – Schutz von Opfern sexueller Gewalt verbessern**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 23. Februar 2016

(Neufassung der Drucksache [19/261](#) vom 4. Februar 2016)

(Drucksache [19/301](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene für einen Gesetzentwurf zur Ratifizierung und Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt (Istanbul-Konvention) einzusetzen und eventuell bestehende Strafbarkeitslücken im deutschen Recht zu schließen.
2. für das Land Bremen unter Berücksichtigung der Ergebnisse der vom Senat beauftragten „Untersuchung zu Verfahrenslauf und Verurteilungsquote bei Sexualstraftaten in Bremen“ ein Konzept für die Strafverfolgung von Delikten gegen die sexuelle Selbstbestimmung mit dem Ziel zu entwickeln, die Geschädigten noch besser zu schützen, die Beweissicherung zu verbessern und die Verfahrensdauer zu verkürzen, und dem Rechtsausschuss binnen drei Monaten vorzulegen.
3. zur Verbesserung des Schutzes vor sexualisierter Gewalt und der Abläufe der strafrechtlichen Verfahren bei entsprechenden Tatvorwürfen die Arbeit des Beratungs-, Schutz- und Hilfesystems und insbesondere die Arbeit der Frauennotrufe und Frauenhäuser, auch über die Bundesebene, abzusichern.

## Nr. 19/210

### **Sexismus und Gewalt gegen Frauen und Mädchen konsequent bekämpfen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 23. Februar 2016

(Neufassung der Drucksache [19/292](#) vom 17. Februar 2016)

(Drucksache [19/299](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## Nr. 19/211

### **Menschenrechte in der Türkei verteidigen – für Aufklärung der Ermordung Tahir Elçis und für sofortige Freilassung der inhaftierten Journalisten!**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 8. Dezember 2015

(Drucksache [19/217](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffern 1 bis 3 des Antrags ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Ziffer 4 des Antrags wie folgt zu:

4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Bundesregierung und die Europäische Kommission auf, sich für die Verteidigung der Menschenrechte in der Türkei einzusetzen, gerade auch im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen. Die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei darf den Interessen an einer strategischen Zusammenarbeit mit der Türkei nicht untergeordnet werden.

## Nr. 19/212

### **Freien Handel stärken – Chancen für Bremen nutzen!**

Antrag der Fraktion der FDP

vom 17. Februar 2016

(Neufassung der Drucksache [19/200](#) vom 4. Dezember 2015)

(Drucksache [19/289](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## Nr. 19/213

### **Freier Handel nach demokratischen Grundsätzen!**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 4. Februar 2016

(Drucksache [19/262](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich weiterhin auf allen Ebenen dafür einzusetzen,

1. dass die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen transparent, offen und nachvollziehbar geführt und abgeschlossen werden;
2. dass das Freihandelsabkommen keine Verschlechterung von sozialen, arbeitsrechtlichen, ökologischen und kulturellen Standards bedeutet, oder Umwelt- und Arbeitnehmerschutzrechte als Handelshemmnisse interpretiert;
3. dass weitere Verbesserungen bestehender EU-weiter oder nationaler Normen und Standards möglich sein müssen;
4. dass der demokratische Gestaltungsraum für die öffentliche Daseinsvorsorge nicht beeinträchtigt wird;
5. dass öffentlich-rechtliche Mechanismen anstelle privater Schiedsgerichte die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten regeln;

6. dass die Vertragspartner sich verpflichten, internationale Übereinkünfte und Normen – insbesondere in den Bereichen Umwelt, Arbeit und Verbraucherschutz – zu beachten und umzusetzen;
7. dass die nationalen und europäischen demokratischen Willensbildungsprozesse und Entscheidungen in Parlamenten und Regierungen aktiv in die Verhandlungen und in die letzte Entscheidungsfindung über das Abkommen einbezogen werden;
8. dass das Abkommen eine Klausel enthält, die eine Kündigung erlaubt.

## **Nr. 19/214**

### **Transatlantische Freihandelsabkommen zum Erfolg führen – Chancen für Bremen und Bremerhaven nutzen – Verbraucherinteressen bei Standards und Daseinsvorsorge wahren**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 9. Februar 2016  
(Drucksache [19/267](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## **Nr. 19/215**

### **Gesetz zur Stärkung der Regionalsprache Niederdeutsch im Medienbereich – Gesetz zur Änderung des Bremischen Landesmediengesetzes und des Radio-Bremen-Gesetzes**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 22. September 2015  
(Drucksache [19/78](#))

2. Lesung

Der Gesetzesantrag ist durch die Drucksachen-Nr. 19/247 erledigt.

## **Nr. 19/216**

### **Gesetz zur Stärkung der Regionalsprache Niederdeutsch im Medienbereich – Gesetz zur Änderung des Bremischen Landesmediengesetzes und des Radio-Bremen-Gesetzes**

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit  
vom 18. Januar 2016  
(Drucksache [19/247](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Bericht und Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

## **Nr. 19/217**

### **Bremisches Ausführungsgesetz zu § 21 des ZDF-Staatsvertrages**

Mitteilung des Senats vom 5. Januar 2016  
(Drucksache [19/233](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

## **Nr. 19/218**

### **Radio-Bremen-Gesetz (RBG)**

Mitteilung des Senats vom 16. Februar 2016  
(Drucksache [19/279](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

## **Nr. 19/219**

### **Barrierefreiheit im Radio-Bremen-Gesetz verankern**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 23. Februar 2016  
(Drucksache [19/302](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

## **Nr. 19/220**

### **Den Rundfunkrat der gesellschaftlichen Realität anpassen**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 23. Februar 2016  
(Drucksache [19/303](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

## **Nr. 19/221**

### **Rundfunkrat um den Sozialverband Deutschland (SoVD) erweitern**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 24. Februar 2016  
(Drucksache [19/304](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

## **Nr. 19/222**

### **Beschäftigungsverhältnisse an bremischen Hochschulen**

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 6. Oktober 2015  
(Drucksache [19/100](#))

D a z u

### **Mitteilung des Senats vom 23. Februar 2016**

(Neufassung der Drucksache [19/189](#) vom 1. Dezember 2015)  
(Drucksache [19/307](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

